

ARBEITSKREIS MENSCHENRECHTE (AKM)
- Working Group for Human Rights -

Thomas Müller
Am Pandyck 31
D-47443 Moers / Germany
Tel. 02841-9163753
E-Mail: info@akm-online.info
Internet: www.akm-online.info

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Mitteilung erhalten Sie im Rahmen des E-Mail-Aktionskreises von

- > Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) und
- > Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Arbeitsgruppe München (IGFM-München)

Diese Information finden Sie auch im Internet unter: www.akm-online.info . Wenn Sie unsere Mitteilungen nicht mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns das bitte mit unter: info@akm-online.info

Empfehlen Sie unsere Rundbriefe gerne weiter. Kennen Sie Personen, die daran Interesse haben könnten, teilen Sie uns gerne die E-Mail-Adresse mit; wir nehmen dann Kontakt auf.

Unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit auch als **IGFM-Mitglied**: <https://www.igfm.de/mitglied-werden/>

+ + + + +

KURZ und BÜNDIG vorab:

> **SUDAN:** Christen zwischen den Kriegsfronten



Christen werden offensichtlich sowohl von Rebellengruppen als auch von Einheiten des Militärs diskriminiert und bedroht: durch Zwangsbekehrungen zum Islam und durch Verhaftungen. Aus

diesem Grund hat „Hoffnungszeichen e.V.“ eine **Online-Petition** initiiert, die an die Regierung des Sudan gerichtet ist. Diese erreichen Sie über folgenden Link: https://www.hoffnungszeichen.de/engagieren/protestieren/sudan-christen-zwischen-den-kriegsfronten?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+12.2024+Tag+MR+Petition+Sudan

+ + + + +

> **IRAN:** Monatsbericht November 2024



Die Menschenrechtssituation im Iran verschärft sich diesen Monat weiter. Die systematische Unterdrückung von Frauen wird durch ein neues Dekret ausgeweitet, in Gefängnissen wird die Höchstanzahl an Todesstrafen verhängt. Gleichzeitig erhöht sich der Druck auf Teheran hinsichtlich der politischen Lage im Nahen Osten.

Mehr: <https://www.igfm.de/iran-monatsbericht-november-2024/>

+ + + + +

> **DEUTSCHLAND:** Angriffe gegen Christen



Die Zahl antichristlicher Straftaten steigt an. Die Analyse und Erfassung von Straftaten und Hass gegen Christen ist hierzulande jedoch mangelhaft. Für sie bräuchte es jedoch genauso Meldestellen, wie für alle anderen Minderheiten – ohne Opfer-Rivalität.

Mehr: <https://www.welt.de/regionales/nrw/plus254833054/Gewalt-gegen-Christen-Hassverbrechen-gegen-Christen-in-Deutschland-Allerdings.html>

+ + + + +

> **LEBENSRECHT:** Es ist noch nicht vorbei!

Eine fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten will auf Teufel komm raus noch vor den Neuwahlen im Februar den § 218 ändern. Die Möglichkeit hierzu haben sie. Jetzt sind wir gefragt: Stellen wir uns schützend vor die ungeborenen Kinder - und vor die Mütter in Not, die Hilfe zum Leben brauchen!

Die wichtigsten Änderungen im Gesetzentwurf:

- Abtreibungen bis zur 12. Woche werden rechtmäßig.
- Die Krankenkassen übernehmen die Kosten.
- Die Bedenkzeit von 3 Tagen soll entfallen.
- Schwangere können bis zur Geburt straffrei abtreiben

Noch in der letzten Sitzung des 20. Bundestags am 31. Januar kann ein einzelner Abgeordneter die Änderung der Tagesordnung beantragen und die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Abtreibung damit erzwingen - ohne Prüfung durch den Rechtsausschuss, ohne öffentliche Anhörung, ohne umfassende Debatte.



Die „Aktion Lebensrecht für Alle e.V.“, www.alfa-ev.de, bittet: Schreiben Sie Ihre Abgeordneten an. Jeder Abgeordnete, der für die Novellierung des § 218 stimmt, stimmt gegen die Menschenwürde, gegen das Lebensrecht, gegen unsere Verfassung. Sagen Sie Ihren Abgeordneten:

„Ich gebe bei der Bundestagswahl am 23.2.2025 meine Stimme demjenigen, der SEINE Stimme den ungeborenen Kindern gegeben hat!“

Weitere Informationen und auch vorbereitete Postkarten finden Sie hier: <https://www.alfa-ev.de/produkt/postkarten-wann-bin-ich-mensch/>

Sie können die Abgeordneten natürlich auch ohne die vorgefertigten Postkarten anschreiben.

Wer für Ihren Wahlkreis zuständig ist, können Sie über die Internetpräsenz des Deutschen Bundestags erfahren: <https://www.bundestag.de/wahlergebnisse>

+ + + + +

VR CHINA: Uigurin wegen Islamunterrichts zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt

Quellen: u.a. Zeitung „China heute“ Nr. 213, Hg.: China-Zentrum e.V., www.china-zentrum.de, Radio Free Asia, <https://www.rfa.org/english/news/uyghur/hasiyet-ehmet-01072022150935.html>



Hasiyet Ehmet

Hasiyet Ehmet, eine jetzt 59 Jahre alte Uigruin mit Wohnsitz in der Stadt Manas (Kreis Manas / Xinjiang / Ostturkestan), ist im **Mai 2017** nachts von der Polizei festgenommen, verhört und für 15 Tage festgehalten worden.

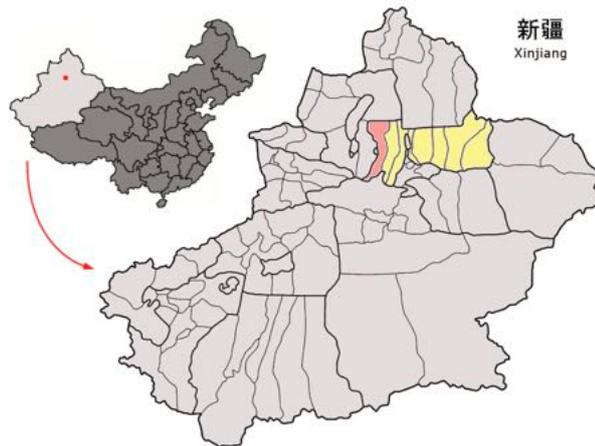
Im September 2017 schließlich wurde sie erneut verhaftet und dann auch **verurteilt**. Ein Mitarbeiter des Gerichts von Manas bestätigte, dass die Muslimin **zu 14 Jahren Gefängnis** verurteilt worden sei, weil

sie „Kindern Koranunterricht gab und zwei Exemplare des Koran versteckte, als die Behörden sie (die Koran-Exemplare) konfiszierten“.

Laut Radio Free Asia (RFA) soll **ihr Mann bereits 2009 wegen Separatismusvorwürfen zu lebenslanger Haft** verurteilt worden sein.

Wie RFA berichtete, haben die Behörden in Xinjiang 2017 zur Abgabe aller vor 2012 veröffentlichten Koranversionen aufgerufen, da sie „extremistische Inhalte“ enthalten würden.

Hasiyet Ehmets gehört der Volksgruppe der Uiguren an, die keine Chinesen sind, sondern zu den Turkvölkern gezählt werden, die traditionell muslimischen Glaubens sind. Die Uiguren sind die ursprünglichen Bewohner von der „Xinjiang“ genannten „Autonomen Provinz“, die durch die zunehmende Sinisierung inzwischen zu einer Minderheit im eigenen Land geworden sind - so wie die Tibeter auf dem „Dach der Welt“.



Kreis Manas in Xinjiang (Ostturkestan / VR China)

>>> Bitte helfen Sie mit, die Freilassung von Hasiyet Ehmets zu erreichen, indem Sie das nachfolgende Schreiben kurzfristig an die genannten Stellen schicken.

+ + + + +

Seine Exzellenz
Staatspräsident Xi Jinping
c/o: Botschaft der VR China
Märkisches Ufer 54
D-10179 Berlin
Fax: 030-27588221

E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com, de@mofcom.gov.cn

Exzellenz,

ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf das Schicksal von Frau Hasiyet Ehmets (Stadt Manas / Autonome Bezirk Changji / Xinjiang) lenken, einer heute 59-jährigen Uigurin, die 2017 zu einer 14-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war.

Doch was hatte sie getan? Sie hatte Kindern Islamunterricht. Sie hatte weder Gewalt angewandt noch zu Gewaltanwendung aufgerufen.

Sie hat lediglich vom Menschenrecht auf Religionsfreiheit Gebrauch gemacht, die zu achten sich die Volksrepublik China international verpflichtet hat.

Aus diesem Grunde bitte Sie, sich für die umgehende Freilassung des Ehepaares einzusetzen.

Hochachtungsvoll

KOPIEN:

>>> **Auswärtiges Amt**, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, Fax: 03018-17-3402, E-Mail: buergerservice@diplo.de

>>> **Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe**, Luise Amtsberg, E-Mail: menschenrechtsbeauftragte@auswaertiges-amt.de

>>> **Deutscher Bundestag**, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin, Fax: 030-227-36051, E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de